



PRESSEKONFERENZ

„Linzer Budget 2018 – Finanzkosmetik statt Trendumkehr.“

**ÖVP setzt sich für Transparenz
bei Stadtfinanzen und Akten-Affäre ein**

- **Vize-Bürgermeister Mag. Bernhard Baier**
- **Klubobmann Mag. Martin Hajart**

Dienstag, 12. Dezember 2017

11.00 Uhr

Presseclub, Saal

„Erstes Budget von Finanzreferent Luger ist ein rein finanzkosmetischer Eingriff!“

Auch 2018 kommt es zu einer Neuverschuldung: Allerdings werden Schulden nicht im städtischen Kernhaushalt, sondern in den Linzer Stadt-Unternehmen geparkt. Konkret nimmt die UGL-Holding GmbH 2017 und 2018 148,6 Millionen Euro neue Schulden auf.

SPÖ-Bürgermeister und Neo-Finanzreferent Klaus Luger hat anlässlich der Präsentation des Budgetvoranschlags der Stadt Linz für das Jahr 2018 verkündet, dass Linz bis 2021 keine neuen Schulden machen werde. Für **Vize-Bürgermeister Bernhard Baier** ein rein finanzkosmetischer Eingriff, eine wirkliche Erholungskur für die Stadt-Finanzen und damit eine strukturelle Trendumkehr würde anders aussehen.

Schließlich werden mit dem Verkauf der städtischen Linz AG an die Holding im Juni 2017 in den nächsten Jahren insgesamt knapp 350 Millionen Euro an städtischem Minus (Defizite) in die Stadt-Firmenholding (UGL) verschoben. *„Dieses Schulden-Karussell mag zwar rechtlich zulässig sein, ändert aber an den Linzer Finanz-Problemen rein gar nichts“*, sagt **Baier**. Luger betreibt hier eine „Aus den Augen, aus dem Sinn“-Politik.

Es ist ganz offensichtlich, dass die SPÖ bis zur Gemeinderatswahl 2021 die Neuverschuldung in die Unternehmungen auslagern und verstecken will. Jedoch ab dem Jahr 2022 ist diese Maskerade nicht mehr möglich, Linz wird daher plötzlich wieder zu einer Abgangsgemeinde mit einer Budgetlücke von 42,2 Millionen Euro werden. *„Das böse Erwachen wird ganz zufällig erst nach der Gemeinderatswahl kommen.“*

- Im Budget-Voranschlag Vorspann auf Seite V-9 ist zu lesen: **„Die Einnahmen aus Besitz und wirtschaftlicher Tätigkeit halbieren sich ab 2022, da ab diesem Jahr städtischerseits zugunsten der UGL-Holding auf die Dividende verzichtet wird.“**
- Das Resultat: Damit ist alles weg, was verkauft werden konnte. Ein Schönen des Budgets wird danach nicht mehr möglich sein.

- Im Budget-Voranschlag für die nächsten 5 Jahre ist zudem kein Cent für die Finanzierung der 2. Straßenbahnachse (Seite V-10) zu finden.

Schaut man sich auch die ausgelagerten Schulden der „budget-abhängigen“ Gesellschaften der Stadt an, taucht im Linzer Finanzhaushalt von 2018 bis 2022 tatsächlich eine Maastricht-Neuverschuldung von knapp 200 Millionen Euro auf. Für die Stadt Linz könnte diese Zahlen-Jonglage und Schulden-Verschiebepolitik aber noch ein Nachspiel haben.

Denn laut Stabilitätspakt müssen in den Berechnungen auch diese ausgelagerten Schulden berücksichtigt werden. Gelingt der Stadt kein Nulldefizit, so drohen Strafzahlungen in der Höhe von 15 Prozent, das wären 30 Millionen Euro bis 2022.

Linzer Gesamtschuldenstand macht mehr als 1,5 Milliarden Euro aus (siehe Grafik nächste Seite)

Insgesamt liegt der rein städtische Schuldenstand auch 2018 bei rund 761 Millionen Euro, dazu kommen mehr als 460 Millionen Euro ausgelagerte Schulden bei der ILG und rund 340 Millionen Euro in den nächsten Jahren für die geplante Neuverschuldung für den Verkauf der Linz AG an die Holding. Damit sieht man, dass die von Bürgermeister Luger im Stadtbudget ausgewiesenen Schulden von 761 Millionen Euro mit Zinszahlungen von 16,2 Millionen Euro nicht einmal mehr die halbe Wahrheit sind. *„Die Schulden sind damit doppelt so hoch, wie dem Gemeinderat präsentiert“*, so **Baier**. Das Stadt-Budget ist also ein richtiger „Verschiebebahnhof“.

Von der Stadt zu tragende Schulden und Zinsen

Ende 2016 betragen die Schulden der Stadt rund 1.650 Millionen Euro.

Eingerechnet sind die Schulden, deren Zinsen und Tilgung aus den Steuereinnahmen der Stadt zu tragen sind. davon 778 Mio. Euro Kredite und Anleihen (= "offizieller" Schuldenstand), 171 Mio. Euro Kassenkredite, 238 Mio. Euro "Verwaltungsschulden" UGL + Sonstige (ohne AKH); RA 2016 Seite 381)
 = außerbudgetäre Schulden für Umtahung Ebelberg, Nahverkehrsdrehscheibe, Bäder, Leasing, etc. und 462 Mio. Euro für Schulden der ILG und SZL

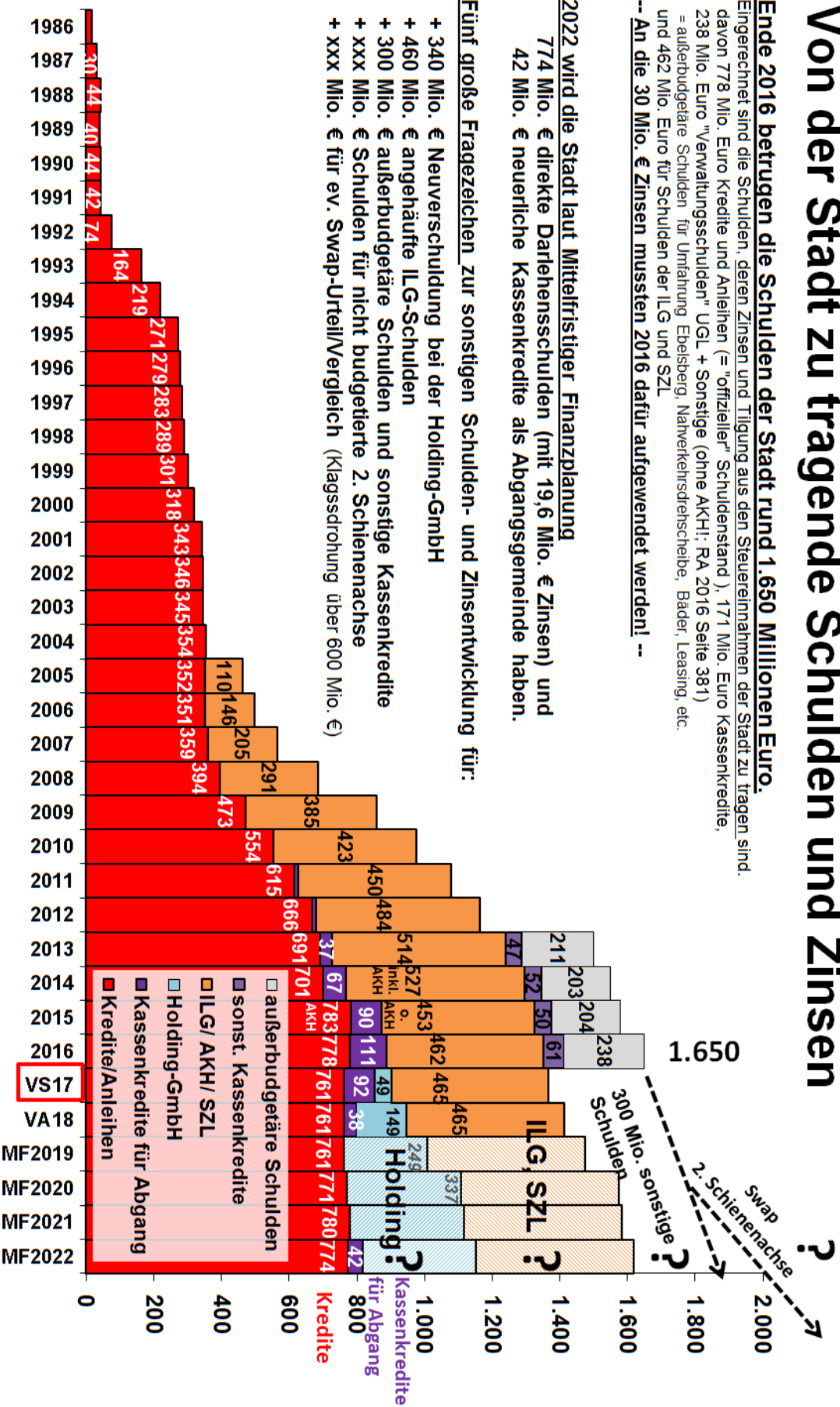
-- An die 30 Mio. € Zinsen mussten 2016 dafür aufgewendet werden! --

2022 wird die Stadt laut Mittelfristiger Finanzplanung

774 Mio. € direkte Darlehensschulden (mit 19,6 Mio. € Zinsen) und
 42 Mio. € neuerliche Kassenkredite als Abgangsgemeinde haben.

Fünf große Fragezeichen zur sonstigen Schulden- und Zinsentwicklung für:

- + 340 Mio. € Neuverschuldung bei der Holding-GmbH
- + 460 Mio. € angehäufte ILG-Schulden
- + 300 Mio. € außerbudgetäre Schulden und sonstige Kassenkredite
- + xxx Mio. € Schulden für nicht budgetierte 2. Schienenachse
- + xxx Mio. € für ev. Swap-Urteil/Vergleich (Klagssdrohung über 600 Mio. €)

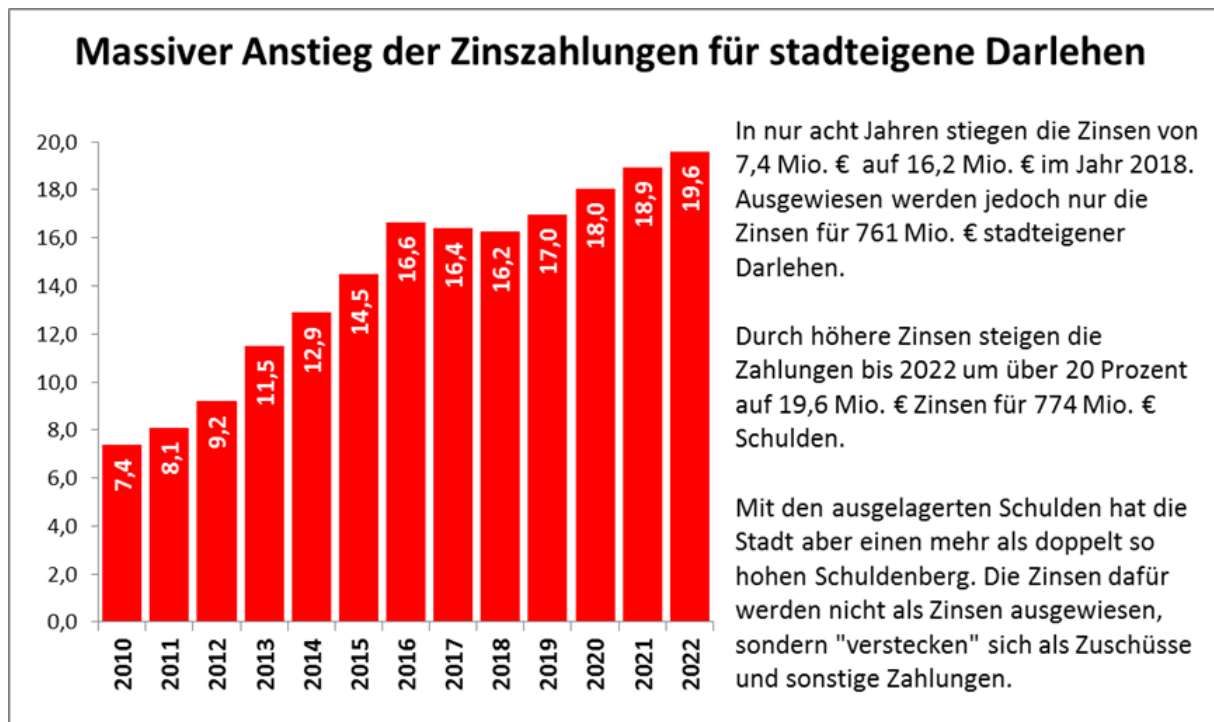


Dahinter steckt, dass immer mehr Schulden in das städtische Unternehmenskonstrukt verschoben werden:

- Man hat schon vor Jahren die Immobilien in die ILG verkauft und dadurch der ILG einen Schuldenberg von mehr als 450 Millionen Euro „beschert“.
- Im GR 20.10.2016 wurde der mehrheitliche GR-Beschluss (ohne ÖVP-Stimmen) gefasst, die städtischen Wohnungen an die stadteigene GWG zu verkaufen. Mit beiden Tranchen (Nord und Süd) sollen in den nächsten Jahren rund 120 Millionen Euro zum Stopfen von Budgetlöchern verwendet werden. Die ÖVP hat damals den Gegenvorschlag einer so genannten „Mieter-Privatisierung“ gemacht.
- Im GR 29.06.2017 wurde per Beschluss die Einbringung der Stadt-Unternehmen in die neue Holding beschlossen. Neu – weil zuvor nie Thema! – an diesem Antrag war, dass die Linz AG entgeltlich eingebracht werden sollte. Das heißt, die Stadt Linz hat ihre Linz AG an die stadteigene, neue Holding verkauft. Die Holding an sich erzielt jedoch keine Einkünfte, weshalb dort rein die Schulden geparkt werden. Die Stadt lukriert daraus (auf dem Rücken der Holding) insgesamt 348,6 Millionen Euro. Auf die einzelnen Jahre aufgeteilt sind dies im Jahr 2017 EUR 48,6 Millionen, und in den Jahren 2018 bis 2020 jeweils 100 Millionen Euro. Die ÖVP hat damals nachvollziehbar davor gewarnt, dass diese unangekündigte entgeltliche Einbringung der Linz AG in die Holding nicht der Freibrief für weitere Schulden sein darf. Vielmehr sah die ÖVP die Ausgliederung als möglichen Startschuss für eine nachhaltige Budget-Konsolidierung. Ein entsprechender ÖVP-Zusatzantrag, wonach 100% der Einnahmen aus dem Linz AG-Verkauf als zweckgebundene Rücklage zur Schuldentilgung verwendet werden sollen, wurde durch SPÖ und FPÖ abgelehnt.

Im Vorspann des VA 2018 wird darauf auf Seite V-6 hingewiesen: **„Durch die Transaktion des Verkaufs der Linz-AG an die UGL-Holding darf nicht ausgeblendet werden, dass die Stadt Linz ohne diese Einnahme einen jährlichen Abgang von rd. 40 Mio. Euro zu bewältigen hätte.“ (ZITAT VORANSCHLAG 2018)**

Grafik: Massiver Anstieg bei Zinszahlungen

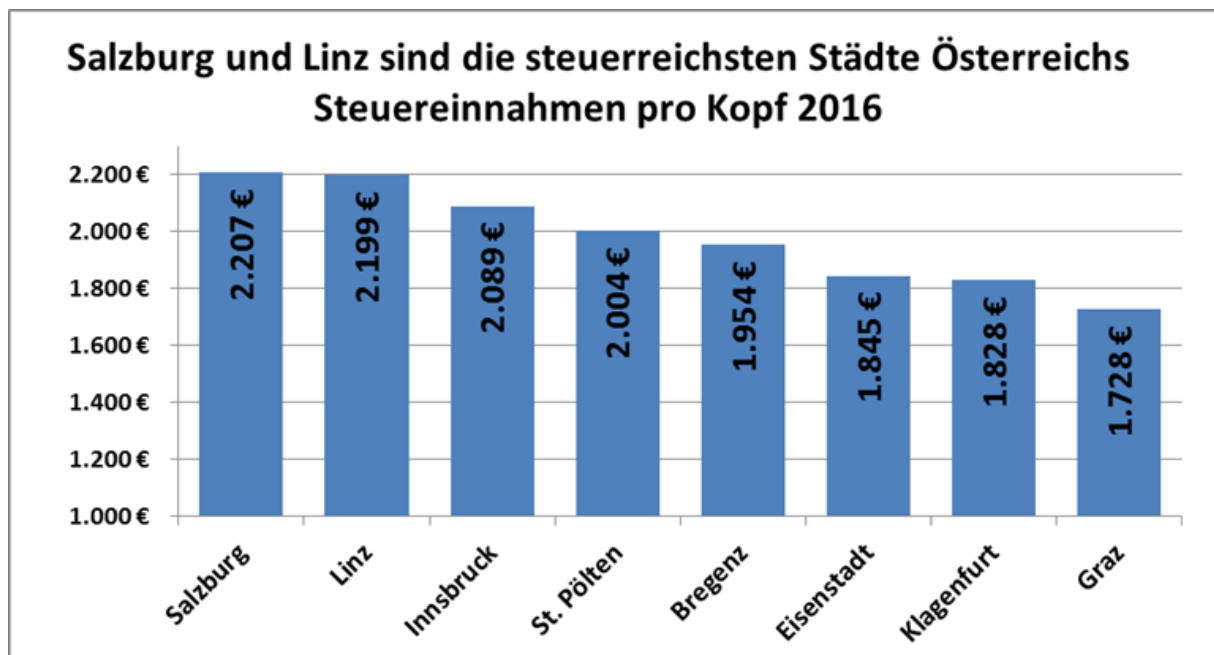


Es braucht aus Sicht der ÖVP mehr Transparenz. Der Gemeinderat und die Öffentlichkeit müssen über die wahre Verschuldung und Zinsbelastung informiert werden!

Linz hätte keinen Grund zum Jammern

Denn die Stadt Linz hat ganz offensichtlich kein Einnahmen- sondern ein Ausgabenproblem. Schließlich ist Linz gemeinsam mit Salzburg die steuerreichste Stadt im Vergleich der größeren Städte Österreichs (Städte mit mehr als 20.000 Einwohner).

Grafik: Steuereinnahmen im Städtevergleich

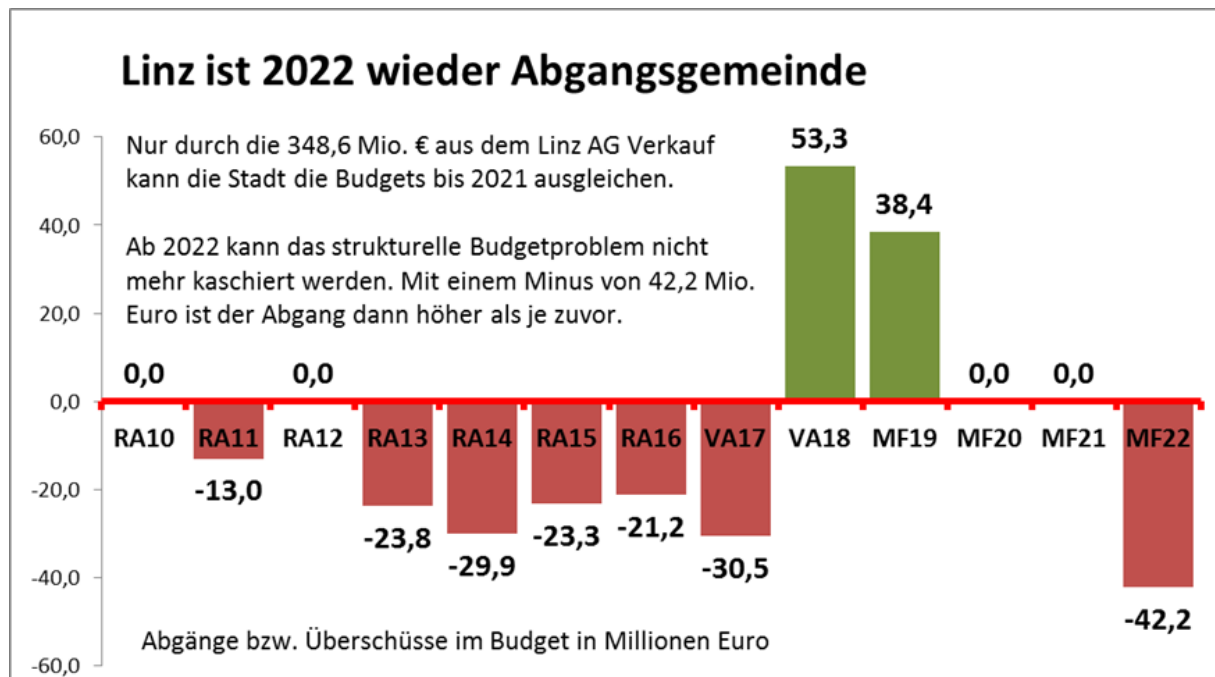


Die ÖVP wird sich daher am kommenden Donnerstag im Linzer Gemeinderat klar gegen das Kapitel 9 „Finanzwirtschaft“ aussprechen.

ÖVP-Nein zu Mittelfristiger Finanzplanung für 2019 bis 2022

Die vorliegende Mittelfristige Finanzplanung stellt eine Fortführung der unbefriedigenden Situation der vergangenen Jahre dar. Die Stadt Linz rettet sich mit den Einnahmen aus dem Verkauf der Linz AG an die UGL-Holding in der Höhe von knapp 350 Millionen Euro bis ins Jahr 2021. Ab 2022 ist Linz neuerlich mit 42,2 Millionen Euro Abgangsgemeinde. „Es stellt sich die Frage. Woher das Geld für die zweite Schienenachse und den Swap-Prozess kommen soll“, so **Vize-Bürgermeister Baier**. Und die Situation wird auch in naher Zukunft nicht besser.

Grafik: mittelfristige Finanzplanung



Ein wichtiger Schritt für mehr Transparenz: ÖVP setzt Offenlegung der Finanzplanung in Stadt-Unternehmen durch

Angesichts dessen, hat die ÖVP einmal mehr einen Gesamtfinanzbericht inklusive Holding und ILG im Finanzausschuss am 7.12.2017 eingefordert, der einstimmig beschlossen wurde. Ansonsten hätte der Gemeinderat nur mehr das „aufgehübschte“ Teilbudget im Blickfeld. Kontrolle würde damit unmöglich gemacht. „Wir haben nicht locker gelassen und haben mit Vehemenz transparente

Stadtfinanzen einfordert. Der nunmehrige Beschluss ist ein wichtiger Schritt und wir hoffen auf eine vollständige Umsetzung“, kommentiert **Baier** den im außerordentlichen Linzer Finanzausschuss einstimmig beschlossenen Zusatzantrag der ÖVP, wonach für die städtischen Unternehmen eine Mittelfrist-Planung erstellt und als Teil künftiger Budget-Voranschläge offengelegt werden soll.

Das beschlossene Anliegen der ÖVP im Detail: In Zukunft soll die finanzielle Situation von Unternehmen, die sich im direkten bzw. indirekten städtischen Eigentum befinden, gegenüber dem Gemeinderat transparent dargelegt werden. Die Wirtschaftspläne der Unternehmen sollen nun so nicht in irgendwelchen undurchsichtigen Holdingstrukturen verschwinden, in die der Gemeinderat keine Einsicht hat.

Die neue beschlossene Regelung: Bereits ab dem kommenden Jahr, jedoch allerspätestens 2019, soll eine Mittelfrist-Planung für die städtischen Unternehmen gemacht werden. Diese soll dann als Teil des Voranschlages dargelegt werden. *„Damit haben wir einen weiteren wichtigen Schritt in Richtung mehr Transparenz und Planungssicherheit gesetzt“*, erklärt **Baier**. Denn eine Mittelfrist-Planung für Unternehmen ist auch im öffentlichkeitsnahen Bereich ein absolut notwendiges Instrument in mehrerlei Hinsicht: Sie stärkt die strategische Planung der Unternehmen, verdeutlicht Ziele und ist letzten Endes die Grundlage für ein effektives Controlling. Dass auch der Gemeinderat diese Information erhält ist gerade in Zeiten von Ausgliederungen unbedingt notwendig. Immerhin beschließt dieses höchste Gremium der Stadt Linz auch die Zuschüsse für die Unternehmen.

AKTEN-AFFÄRE: ÖVP setzt sich gegen rot-blaue Blockade-Haltung bei Transparenz für Rechtsanwaltskosten zur Wehr

Einmal mehr verhindern SPÖ und FPÖ die Aufklärung in der brisanten Causa rund um verjährte Verwaltungsstrafen

„*Abstrus und fadenscheinig*“, nennt **Klubobmann Martin Hajart** jene Argumente, die von SPÖ und FPÖ rund um den ÖVP-Antrag für mehr Transparenz bei den Rechtsanwaltskosten in der Linzer Aktenaffäre im Gemeinderat Anfang Dezember vorgebracht wurden.

Wenn ein Rechtsvertreter mit 200.000 Euro Steuergeld beauftragt wird, eine magistratsinterne Untersuchung und Sachverhaltsdarstellungen zu erstellen, kann es nicht sein, dass diese Unterlagen dem Gemeinderat vorenthalten werden. Die Prüfberichte und die Arbeit des Rechtsanwaltes bleiben bislang geheim, da die rot-blaue Rathaus-Allianz im Gemeinderat auf Biegen und Brechen die Abstimmung verhindert hat. Gegenüber diesem Vorgehen wird sich die ÖVP gemeinsam mit den Grünen und den Neos zur Wehr setzen!

Besonders bezeichnend war die Vorsitzführung von Vizebürgermeister Detlef Wimmer im Gemeinderat am 30. November 2017. Seine mangelnde Objektivität zeigte sich auch in einer falschen Rechtsauslegung, die sogar vom Präsidialamt in der laufenden Sitzung korrigiert werden musste.

Daher wird die ÖVP im Budget-Gemeinderat am kommenden Donnerstag bei dem Punkt „Rechtskosten für die Akten-Affäre“ dagegen stimmen.